

[„Merz für deutsche Beteiligung an Friedenssicherung in der Ukraine“](#) - so lautet eine aktuelle Schlagzeile, die verdeutlicht: Der Kanzler der Bundesrepublik fasst den Einsatz deutscher Soldaten auf ukrainischem Boden ins Auge. Nur: Friedenssicherung hin, Friedenssicherung her, Soldaten der Bundeswehr haben in der Ukraine nichts verloren. Das ist unverantwortlich gegenüber Deutschland. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260107_Merz_Vorstoss_in_Sachen_Bundeswehr_Soldaten_in_der_Ukraine_Das_ist_unverantwortlich_gegenueber_Deutschland_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Es begann mit 5.000 Helmen - nun ist die Rede von Bundeswehrsoldaten auf ukrainischem Boden. Geht es nach den Worten von Friedrich Merz, werden sich wohl auch deutsche Soldaten nach einem Frieden in der Ukraine an einer „Friedenssicherung“ zusammen mit Soldaten anderer NATO-Länder beteiligen. Mit anderen Worten: An einem Ort, wo ein Funken genügt, um einen heißen Krieg zwischen der NATO und Russland zu entfachen, soll Deutschland ganz vorne mit dabei sein. Das ist unverantwortlich gegenüber Deutschland.

Bei einem Treffen in Paris sprachen europäische Staats- und Regierungschefs zusammen mit Wolodymyr Selenskyj über mögliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine, falls es zu einem Friedensschluss kommen sollte.

Medien zitieren den Bundeskanzler mit den Worten: „Ich will für mich sagen und auch für die Bundesregierung: Wir schließen dabei grundsätzlich nichts aus.“ Zu den vom Westen an die Ukraine angebotenen Sicherheitsgarantien könne zum Beispiel gehören, so Merz weiter, „dass wir nach einem Waffenstillstand Kräfte für die Ukraine auf benachbartem Nato-Gebiet einmelden“.

Mit Aussagen dieser Art ist das „Scheunentor“ für den Einsatz der Bundeswehr in der Ukraine weit geöffnet. Natürlich hat zunächst der Bundestag über ein solches Vorgehen zu entscheiden, doch allein schon, dass der Kanzler der Republik implizit einen Einsatz der Bundeswehr in der Ukraine in Aussicht stellt, zeigt etwas sehr deutlich: Deutschland trägt gerade die Politik militärischer Zurückhaltung und diplomatischer Vernunft zu Grabe.

Kernaufgabe eines jeden politischen Mandatsträgers hat es zu sein, Schaden von Deutschland und seinen Bürgern abzuwenden. Politiker, die das Land auf eine Weise

positionieren, dass es in einen heißen Krieg mit Russland verstrickt zu werden droht, machen genau das Gegenteil davon.

Längst ist die Bundesrepublik so tief in den [Stellvertreterkrieg](#) in der Ukraine verwickelt, dass eine Rückkehr zu einer Politik der Vernunft kaum noch ohne Gesichtsverlust möglich ist. Längst hat die deutsche Russland- und Ukrainepolitik eindringlich ihr Scheitern dokumentiert. Nach nunmehr beinahe vier Jahren Krieg und einer schier unfassbaren Zahl an Menschenopfern ist für jeden Beobachter klar zu sehen: Eine Politik, deren oberstes Ziel ist, einen Krieg so schnell es überhaupt nur geht, zu beenden, sieht anders aus.

Und nun, als ob die vergangenen Jahre nicht bereits genug Anschauungsmaterial für eine desaströse Politik geliefert hätten, lautet das Motto der „Koalition der Willigen“: Weiter so!

Allein schon die [Ankündigung](#) des britischen Premierministers Keir Starmer nach dem Treffen in Paris, wonach Frankreich und Großbritannien vorhaben, in der gesamten Ukraine Militärstützpunkte zu errichten, ist an politischer Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Genau das, was Russland nicht möchte, was letztlich mit zu dem Krieg in der Ukraine geführt hat, will Europa nun durch die Hintertür und unter dem Deckmantel der Friedenssicherung umsetzen. Das Vorhaben aus dem Pariser Treffen heißt nämlich unterm Strich nichts anderes als: NATO-Truppen – unter welchem Label auch immer – in der Ukraine.

Das alte Deutschland aus einer Zeit, wo Politiker des Landes verstanden hatten, mit kluger Diplomatie zu agieren, hätte angesichts eines solchen Vorhabens sofort alle Notbremsen betätigt. Doch heute heißt es unter Kanzler Merz: Volle Fahrt voraus! Die Geschichte wird zeigen: Deutsche Politiker hatten seit 2014 und insbesondere auch seit 2022 immer wieder die Gelegenheit, um sich gegen die Konfrontationspolitik zu stellen – genutzt haben sie die Gelegenheit nicht, weil sie es nicht wollten.

Sahra Wagenknecht [reagierte](#) auf die Worte Merz' auf der Plattform X wie folgt:

„Merz hat sie nicht mehr alle! Die Entsendung deutscher Soldaten zur „Friedenssicherung“ in der Ukraine ist absolut verantwortungslos & brandgefährlich. Sollte dann der Konflikt wieder aufflammen, wären wir im Krieg mit Russland. So ein Himmelfahrtskommando muss verhindert werden!“

Ein Himmelfahrtskommando – so muss man das Vorhaben bezeichnen. Gründe für ein solches Unterfangen, die in politischer Vernunft und in der Achtung vor der Bundesrepublik

und seiner Bürger liegen, lassen sich auch mit viel Anstrengung nicht finden.

Titelbild: miss.cabul/shutterstock.com